

No. 32533

GERMANY
and
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC

Agreement on the international carriage of goods by road.
Signed at Bonn on 28 October 1992

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 8 February 1996.

ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
TCHÈQUE ET SLOVAQUE

Accord relatif au transport routier international de marchandises. Signé à Bonn le 28 octobre 1992

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN GÜTERVERKEHR AUF DER STRASSE

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Tschechischen und
Slowakischen Föderativen Republik –

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen bezieht sich auf die grenzüberschreitende Beförderung von Gütern auf der Straße zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind.

Artikel 2

Unternehmer des Güterkraftverkehrs bedürfen für Beförderungen zwischen dem Staat, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem anderen Staaten (Wechselverkehr) sowie im Transitverkehr durch den anderen Staat einer Genehmigung dieses Staates.

Artikel 3

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.

(2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger unabhängig vom Ort seiner Zulassung.

(3) Eine Genehmigung gilt im Wechsel- und Transitverkehr für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtdgenehmigung).

(4) Beförderungen zwischen dem anderen Staat und einem dritten Staat sind nur zulässig, wenn dabei der Staat, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf verkehrsüblichem Weg durchfahren wird oder hierfür besondere Genehmigungen erteilt werden.

(5) Die Genehmigung berechtigt nicht, Beförderungen von Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet des anderen Staates liegenden Orten durchzuführen.

Artikel 4

(1) Einer Genehmigung bedürfen nicht:

1. Fahrten mit leeren Kraftfahrzeugen, soweit es sich nicht um Fahrzeuge handelt, die Handelsgut sind;
2. Beförderungen von Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichts der Anhänger, 6 Tonnen nicht übersteigt oder deren zulässige Nutzlast, einschließlich der Nutzlast der Anhänger, 3,5 Tonnen nicht übersteigt;
3. Beförderungen von Umzugsgut;
4. Beförderungen von Kunstgegenständen und -werken;
5. Beförderungen von Gegenständen und Einrichtungen, die für Theater-, Musik- und Filmvorstellungen, Messen und Ausstellungen oder für Rundfunk-, Fernseh- oder Filmaufnahmen bestimmt sind, sofern diese Gegenstände oder Einrichtungen nur vorübergehend ein- oder ausgeführt werden.
6. Überführungen von Leichen;
7. gelegentliche Beförderungen von Luftfrachtgütern nach und von Flughäfen bei Umleitung der Flugdienste;
8. Beförderungen von Postsendungen;
9. Beförderungen von beschädigten oder reparaturbedürftigen Fahrzeugen (Rückführung);
10. Beförderungen von Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie von anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern;

11. Beförderung von lebenden Tieren;
12. Beförderungen von Gepäck in Anhängern an Kraftomnibussen;
13. Beförderungen hochwertiger Waren (z. B. Edelmetalle) in Spezialfahrzeugen, die von der Polizei oder anderen Sicherheitskräften begleitet sind;
14. Beförderungen von Gütern mit Kraftfahrzeugen zwischen Orten in den Grenzzonen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, wenn die Gesamtentfernung der Beförderung nicht mehr als 100 km in der Luftlinie beträgt. Die Grenzzonen sind Gebiete von 25 km in der Luftlinie beiderseits der Grenze. Die in der jeweiligen Grenzzone gelegenen Orte sind in einer von der Gemischten Kommission nach Artikel 8 des Abkommens bestätigten Liste aufgeführt.

(2) Die Gemischte Kommission nach Artikel 8 des Abkommens kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

Artikel 5

(1) Die für Unternehmer der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erforderlichen Genehmigungen werden durch den Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und von den zuständigen Behörden der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch die zuständigen Behörden der Tschechischen und Slowakischen Republiken erteilt und vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

Artikel 6

(1) Die Gemischte Kommission nach Artikel 8 des Abkommens vereinbart unter Berücksichtigung des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der für jeden Staat jährlich zur Verfügung stehenden Genehmigungen.

(2) Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Maßgabe des Artikels 8 des Abkommens geändert werden.

(3) Inhalt und Form der Genehmigungen werden von der Gemischten Kommission nach Artikel 8 des Abkommens vereinbart.

Artikel 7

(1) Die Unternehmer sind verpflichtet, die in dem anderen Staat geltenden Bestimmungen des Verkehrs- und Kraftfahrzeugrechts sowie die jeweils geltenden Zollbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers und seines Fahrpersonals gegen das im anderen Staat geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden des Staates, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde des Staates, in dem die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehender Ausschluss vom Verkehr;
- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde des anderen Staates den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde des Staates ergriffen werden, in dessen Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(3) Die zuständigen Behörden beider Staaten unterrichten einander nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts hinsichtlich der Übermittlung personenbezogener Daten über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 8

Vertreter der Verkehrsministerien beider Vertragsparteien richten eine Gemischte Kommission ein; sie tritt auf Ersuchen einer Seite zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung des Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

Artikel 9

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten, die sich für jeden der beiden Staaten aus bereits geschlossenen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften im Bereich des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße ergeben.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Das Abkommen gilt für die Dauer eines Jahres nach seinem Inkrafttreten. Danach bleibt es unbefristet in Kraft, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt wird; in diesem Fall tritt das Abkommen drei Monate nach Eingang der Kündigungsmitteilung außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 28. Oktober 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

DIECKMANN

WILHEIM KNITTEL

Für die Regierung
der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik:

VYBÍRAL

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ REPUBLIKY
O MEZINÁRODNÍ NÁKLADNÍ SILNIČNÍ DOPRAVĚ

—————
Vláda Spolkové republiky Německo
a
vláda České a Slovenské Federativní Republiky

vedeny přáním upravit a podpořit mezinárodní silniční dopravu se dohodly takto:

Článek 1

Tato dohoda se vztahuje na mezinárodní silniční dopravu věcí mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou a tranzitní silniční dopravu těmito státy, provozovanou podnikateli, kteří jsou k provádění těchto přeprav oprávněni.

Článek 2

Podnikatele v nákladní silniční dopravě potřebují pro přepravy mezi státem, ve kterém je použité vozidlo registrováno, a druhým státem (přeprava mezi oběma státy), jakož i pro tranzitní dopravu druhým státem, povolení tohoto státu.

Článek 3

(1) Povolení se uděluje podnikateli. Platí pouze pro něho a je nepřenosné.

- (2) Povolení je potřebné pro každý nákladní automobil a pro každý tahač. Platí současně pro tažený přívěs nebo návěs nezávisle na místě jeho registrace.
- (3) Povolení platí pro dopravu mezi oběma státy a pro tranzitní dopravu, pro libovolný počet jízd v průběhu v něm určeného období (časové povolení), nebo pro jednu nebo pro více jízd tam a zpět v období stanoveném v povolení (na jízdu).
- (4) Přepravy mezi druhým a třetím státem jsou dovoleny pouze tehdy, když je po obvyklé cestě projížděn stát, ve kterém je vozidlo registrováno, nebo jsou-li pro to vydána zvláštní povolení.
- (5) Povolení neopravňuje provádět přepravy věcí mezi dvěma místy ležícími na výsočním území druhého státu.

Článek 4

(1) Povolení se nevyžaduje pro :

1. jízdy s prázdnými motorovými vozidly, pokud se nejedná o vozidla, která jsou obchodním zbožím,
2. přepravy věcí motorovými vozidly, jejichž přípustná celková hmotnost včetně celkové hmotnosti přívěsu nepřesahuje 6 t, nebo jejichž užitečná hmotnost včetně užitečné hmotnosti přívěsu nepřesahuje 3,5 t,
3. přepravy stěhovaných svršků,
4. přepravy uměleckých předmětů a děl,
5. přepravy předmětů a zařízení určených pro divadelní, hudební a filmová představení, trhy a výstavy nebo pro rozhlasová, televizní a filmová natáčení, pokud jsou tyto předměty nebo zařízení dováženy nebo vyváženy jen dočasně,

6. převozy zesnulých,
 7. příležitostné přepravy leteckých zásilek na a z letišť při odklonu leteckých služeb,
 8. přepravy poštovních zásilek,
 9. přepravy poškozených nebo opravu vyžadujících vozidel (zpětný převoz),
 10. přepravy léků a zdravotnických přístrojů, vybavení a dalšího materiálu určeného pro poskytování pomoci v naléhavých případech (zvláště při živelných pohromách),
 11. přepravy živých zvířat,
 12. zavazadla přepravovaná v přívěsech autobusů,
 13. přepravy cenného zboží (např. ušlechtilých kovů) ve speciálních vozidlech, která jsou doprovázena policií nebo jinými bezpečnostními orgány,
 14. přeprava věcí automobily mezi místy v příhraničních oblastech Spolkové republiky Německo a České a Slovenské Federativní Republiky, kdy celková vzdálenost přepravy nepřesahuje 100 km vzdušnou čarou. Příhraniční oblasti jsou území v šíři 25 km vzdušnou čarou po obou stranách státních hranic. Místa, která leží v jedné z uvedených příhraničních oblastí jsou uvedena v seznamu odsouhlaseném Smíšenou komisí podle článku 8 dohody.
- (2) Smíšená komise podle článku 8 dohody může vyjmout z povolování další přepravy.

Článek 5

- (1) Potřebná povolení pro podnikatele České a Slovenské Federativní Republiky jsou udělována spolkovým ministrem dopravy Spolkové republiky Německo a vydávána příslušnými úřady České republiky a Slovenské republiky.
- (2) Potřebná povolení pro podnikatele Spolkové republiky Německo jsou udělována příslušnými úřady České republiky a Slovenské republiky a vydávána spolkovým ministrem dopravy Spolkové republiky Německo nebo jím pověřenými úřady.

Článek 6

- (1) Smíšená komise podle článku 8 dohody dohodne potřebný počet povolení pro každý stát na rok s přihlédnutím k vývoji zahraničního obchodu a tranzitní dopravě.
- (2) Dohodnutý počet povolení se může podle podmínek článku 8 dohody v případě potřeby změnit.
- (3) Obsah a vzor povolení budou dohodnuty Smíšenou komisí podle článku 8 dohody.

Článek 7

- (1) Podnikatelé jsou povinni dodržovat předpisy pro dopravu a vozidla platné v druhém státě, jakož i příslušné platné celní předpisy.
- (2) Při závažných nebo opakovaných přestupcích podnikatele a jeho jízdního personálu proti předpisům platným v druhém státě, nebo proti ustanovením této dohody, použijí příslušné úřady státu, v němž je vozidlo registrováno, na žádost příslušného úřadu státu, kde k přestupku došlo, jedno z těchto opatření:

- a) vyzvat zodpovědného podnikatele, aby dodržoval platné předpisy (výstraha),
 - b) přechodně vyloučit z provozu,
 - c) zastavit vydávání povolení odpovědnému podnikateli nebo odebrat již udělené povolení na dobu, po kterou příslušný úřad druhého státu vyloučil podnikatele z dopravy.
- Opatření podle písmene b) může být použito také přímo příslušným úřadem státu, na jehož výsostném území k přestupku došlo.
- (3) Příslušné úřady obou států se navzájem uvědomí o přijatých opatřeních v souladu s vnitrostátními předpisy pro předávání osobních údajů.

Článek 8

Zástupci ministerstev dopravy obou smluvních stran zřídí Smíšenou komisi, ta se schází na žádost jedné strany za účelem zajišťování řádného provádění této dohody. V případě potřeby vypracuje Smíšená komise za účasti dalších příslušných orgánů návrhy na přizpůsobení dohody rozvoji dopravy a změněným právním předpisům.

Článek 9

Tato dohoda se netýká práv a povinností vyplývajících pro každý ze států z již uzavřených dvou, nebo vícestranných dohod v oblasti mezinárodní nákladní silniční dopravy.

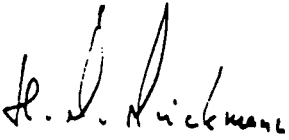
Článek 10

- (1) Tato dohoda vstoupí v platnost dnem podpisu.
- (2) Tato dohoda platí jeden rok po vstupu v platnost. Potom zůstává v platnosti bez omezení, pokud nebude jednou ze

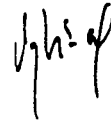
smluvních stran ve tříměsíční lhůtě písemně vypovězena, v tomto případě skončí platnost dohody tři měsíce po obdržení oznámení výpovědi.

Dáno v Bonnu dne 28. října 1992 ve dvou vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
Spolkové republiky Německo:


Wilhelm Rickmann

Za vládu
České a Slovenské
Federativní Republiky:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH AND SLOVAK FEDERATIVE REPUBLIC ON THE INTERNATIONAL CARRIAGE OF GOODS BY ROAD

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federative Republic,

Desiring to regulate and promote the international carriage of goods by road,

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement shall apply to the international carriage of goods by road between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federative Republic and in transit through these States by carriers authorized to engage in such transport.

Article 2

Carriers of goods shall require, for the transport of goods between the State in which the motor vehicle employed is registered, and the other State (two-way transport), and in transit traffic through the other State, an authorization from the latter State.

Article 3

1. The authorization shall be issued to the carrier. It shall be valid only for the carrier and shall not be transferable.

2. An authorization shall be required for every heavy goods vehicle and every truck tractor. The authorization shall also be valid for the trailer or semi-trailer attached thereto, irrespective of the place in which it is registered.

3. An authorization shall be valid in two-way and transit traffic for any number of journeys during the time specified in the authorization (period authorization) or for one or more outward and return journeys in the period indicated in the authorization (journey authorization).

4. Transport between the other State and a third State is permissible only when the State in which the motor vehicle is registered is traversed along the normal traffic route or if special authorizations are issued for that purpose.

5. The authorization shall not entitle the holder to carry goods between two places situated in the sovereign territory of the other State.

¹ Came into force on 28 October 1992 by signature, in accordance with article 10 (1).

Article 4

1. Authorization shall not be required for:

(1) Journeys with empty motor vehicles, as long as the vehicles in question are not merchandise.

(2) Carriage of goods by motor vehicles, the maximum permissible weight of which, including the total weight of trailers, does not exceed 6 tons or whose permissible maximum load, including the maximum load of trailers, does not exceed 3.5 tons.

(3) Carriage of personal and household effects (removals).

(4) Carriage of *objets d'art* and works of art.

(5) Carriage of articles and equipment intended for theatrical, musical or film events, fairs or exhibitions, or for the making of radio or television broadcasts or films, as long as such articles or equipment are only temporarily imported or exported.

(6) Transport of human remains.

(7) Occasional carriage of air freight to and from airports in cases where air services are rerouted.

(8) The carriage of mail.

(9) Carriage of damaged vehicles or vehicles in need of repair (return).

(10) Carriage of medicine, medical instruments and equipment and other supplies for emergency relief (in particular in cases of natural disaster).

(11) Carriage of live animals.

(12) Carriage of luggage in trailers drawn by motor buses.

(13) Carriage of high-quality goods (for example, precious metals) in special vehicles which are accompanied by the police or other security forces.

(14) Carriage of goods by motor vehicles between localities in border zones in the Federal Republic of Germany and in the Czech and Slovak Federative Republic, provided that the total distance over which the goods are carried does not exceed 100 kilometres as the crow flies. The border zones are areas extending 25 kilometres as the crow flies on either side of the border. The localities situated in the respective border areas shall be indicated in a list approved by the Joint Commission established pursuant to article 8 of the Agreement.

2. The Joint Commission established pursuant to article 8 of the Agreement may exempt other kinds of transport from the requirement to obtain authorization.

Article 5

1. The requisite authorizations, in the case of carriers from the Czech and Slovak Republic, shall be issued by the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany and by the competent authorities of the Czech Republic and the Slovak Republic.

2. The requisite authorizations, in the case of carriers from the Federal Republic of Germany, shall be issued by the competent authorities of the Czech and Slovak Republic and by the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany or by the authorities designated by him.

Article 6

1. The Joint Commission established pursuant to article 8 of the Agreement shall, taking into consideration foreign trade and transit traffic, agree on the required number of authorizations to be issued annually to each State.
2. The agreed number of authorizations may, when necessary, be amended in accordance with article 8 of the Agreement.
3. The content and form of authorizations shall be agreed by the Joint Commission established pursuant to article 8 of the Agreement.

Article 7

1. Carriers shall be required to comply with the provisions of the traffic and motor vehicle regulations in force in the other State and with the customs regulations in force in that State.
2. The event of serious or repeated violations by a carrier or vehicle crew of the law in force in the other State or of the provisions of this Agreement, the competent authorities of the State in which the vehicle is registered shall, at the request of the competent authority in which the violation was committed, take one of the following actions:
 - (a) Demand that the carrier concerned comply with the regulations in force (warning);
 - (b) Temporarily exclude the carrier from transport operations;
 - (c) Stop the issue of authorizations to the carrier concerned or cancel any authorization already issued for such time as the carrier has been excluded from transport operations by the competent authority of the other State.

The action indicated in subparagraph (b) may also be taken directly by the competent authority of the State in whose territory the violation was committed.

3. The competent authorities of the two States shall inform each other of the measures taken in accordance with their domestic law relating to the transmittal of personal data.

Article 8

Representatives of the Ministry of Transport of the two Contracting Parties shall establish a Joint Commission; the Commission shall meet at the request of either side in order to ensure the orderly implementation of this Agreement. When necessary, the Joint Commission shall draw up proposals, with the participation of other competent authorities, to amend the Agreement so as to conform to the current development of traffic and changes in legislation.

Article 9

This Agreement shall not affect the rights and duties of each of the two States arising from previously concluded bilateral or multilateral agreements in the field of the international carriage of goods by road.

Article 10

1. This Agreement shall enter into force on the date of its signature.

2. The Agreement shall remain in force for a period of one year following its entry into force. It shall thereafter continue in force for an indefinite period unless one of the Contracting Parties gives three months' notice of termination in writing; in such case, the Agreement shall cease to have effect three months after the receipt of the notice of termination.

DONE at Bonn on 28 October 1992 in duplicate in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Republic of Germany:

DIECKMANN
WILHELM KNITTEL

For the Government
of the Czech and Slovak Federative Republic:

VYBIRAL

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIF AU TRANSPORT ROUTIER INTERNATIONAL DE MARCHANDISES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque,

Désireux de régler et d'encourager le transport routier international de marchandises,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord concerne le transport routier international de marchandises entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque et le transport routier international de marchandises en transit par le territoire de ces Etats par des entrepreneurs habilités à effectuer des transports.

Article 2

Pour transporter des marchandises entre l'Etat sur le territoire duquel le véhicule utilisé est immatriculé et l'autre Etat (trafic réciproque) ainsi que pour le transport en transit par le territoire de l'autre Etat, les entreprises de transport de marchandises ont besoin d'une autorisation de cet Etat.

Article 3

1. L'autorisation est accordée à l'entreprise. Elle n'est valable que pour elle et n'est pas transférable.

2. Une autorisation est nécessaire pour chaque camion et pour chaque véhicule remorqueur. Elle vaut en même temps pour la remorque ou la semi-remorque remorquée — quel que soit le lieu de son immatriculation.

3. En transport réciproque et en transport en transit, l'autorisation est valable pour un nombre illimité de voyages effectués pendant la période qui y est portée (autorisation temporelle) ou pour, respectivement, un ou plusieurs allers et retours effectués au cours de la période définie dans l'autorisation (autorisation de parcours).

4. Les transports entre le territoire de l'autre Etat et celui d'un Etat tiers ne sont autorisés que si l'Etat sur le territoire duquel le véhicule est immatriculé est traversé selon l'itinéraire normal ou si une autorisation particulière est délivrée à cette fin.

5. L'autorisation ne permet pas d'effectuer des transports de marchandises entre deux lieux situés sur le territoire de l'autre Etat.

¹ Entré en vigueur le 28 octobre 1992 par la signature, conformément au paragraphe 1 de l'article 10.

Article 4

1. Ne nécessitent pas d'autorisation :

(1) Les voyages à vide, pour autant qu'il ne s'agit pas de véhicules qui constituent des marchandises commerciales;

(2) Les transports de marchandises par des véhicules dont le poids total autorisé, y compris le poids total de la remorque, ne dépasse pas six tonnes ou dont la charge utile autorisée, y compris la charge utile de la remorque, ne dépasse pas 3,5 tonnes;

(3) Les transports de déménagement;

(4) Les transports d'objets et d'œuvres d'art;

(5) Les transports d'objets et d'installations destinées à des représentations théâtrales, musicales ou cinématographiques, des foires ou des expositions, ou bien des émissions de radiodiffusion ou de télévision ou des prises cinématographiques, pour autant que ces objets ou ces installations ne sont importés ou exportés que provisoirement;

(6) Les transports de corps de personnes décédées;

(7) Les transports occasionnels de fret aérien jusqu'aux aéroports et en provenance des aéroports en cas de détournement du trafic aérien;

(8) Les transports de courrier;

(9) Les transports de véhicules endommagés ou nécessitant des réparations (rapatriement);

(10) Les transports de médicaments, de matériel et d'appareils médicaux, ainsi que d'autres marchandises destinées à porter de l'aide dans des cas d'urgence (en particulier lors de catastrophes naturelles);

(11) Les transports d'animaux sur pied;

(12) Les transports de bagages dans des remorques d'autocars;

(13) Les transports de marchandises précieuses (par exemple métaux précieux) dans des véhicules spéciaux, accompagnés par des forces de police ou autres forces de sécurité;

(14) Les transports de marchandises au moyen de véhicules entre des lieux situés dans la zone frontalière de la République fédérale d'Allemagne et la zone frontalière de la République fédérale tchèque et slovaque, à condition que la distance totale du transport ne dépasse pas 100 kilomètres à vol d'oiseau. On entend par zones frontalières les bandes de 25 kilomètres à vol d'oiseau situées de part et d'autre de la frontière. Les localités situées dans la zone frontalière de chaque Etat sont inscrites sur une liste certifiée par la Commission mixte conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord.

2. La Commission mixte visée à l'article 8 du présent Accord peut dispenser d'autres transports de l'obligation d'autorisation.

Article 5

1. Les autorisations que doivent obtenir les entreprises de la République fédérale tchèque et slovaque sont délivrées par l'intermédiaire du Ministre fédéral des

transports de la République fédérale d'Allemagne par les autorités compétentes de la République tchèque et de la République slovaque.

2. Les autorisations dont ont besoin les entreprises de transport de la République fédérale d'Allemagne sont délivrées par l'intermédiaire des autorités compétentes de la République tchèque et slovaque par le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne ou par des autorités habilitées par lui.

Article 6

1. La Commission mixte visée à l'article 8 du présent Accord convient du nombre d'autorisations nécessaires dont dispose chaque année chaque Etat en tenant compte du commerce extérieur et du transport en transit.

2. En cas de besoin, le nombre d'autorisations dont convient la Commission mixte peut être modifié conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord.

3. Le contenu et la forme des autorisations sont arrêtés par la Commission mixte conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord.

Article 7

1. Les entreprises respectent les dispositions du code de la route et du code de la circulation en vigueur sur le territoire de l'autre Etat ainsi que les dispositions douanières en vigueur sur le territoire de chaque Etat.

2. Si une entreprise ou un conducteur d'une entreprise contrevient gravement ou de manière répétée au droit applicable sur le territoire de l'autre Etat et aux dispositions du présent Accord, les autorités compétentes de l'Etat sur le territoire duquel le véhicule est immatriculé, prend l'une des mesures suivantes à la demande des autorités compétentes de l'Etat sur le territoire duquel l'infraction a été commise.

a) Avertissement à l'entreprise responsable d'avoir à respecter la réglementation en vigueur (avertissement);

b) Retrait provisoire du permis de circulation;

c) Suspension de la délivrance d'autorisations à l'entrepreneur responsable ou retrait des autorisations déjà accordées pour la période pour laquelle les autorités compétentes de l'autre Etat contractant ont retiré le permis de circuler à l'entrepreneur.

Les dispositions visées à l'alinéa *b* du présent paragraphe peuvent aussi être prises directement par les autorités compétentes de l'Etat sur le territoire duquel l'infraction a été commise.

3. Les autorités compétentes des deux Etats s'informent l'une l'autre des mesures prises conformément à leur législation en vigueur relatives à la communication de données.

Article 8

Les représentants des Ministères des transports des deux Parties contractantes créent une Commission mixte; cette Commission se réunit à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes afin de garantir la bonne application du présent accord. Au besoin, la Commission mixte formule des propositions, avec la participation

d'autres services compétents, pour adapter le présent Accord à l'évolution des transports ainsi qu'à la modification de la législation.

Article 9

Le présent Accord ne modifie en rien les droits et les obligations qui découlent pour les deux Etats contractants de conventions bilatérales ou multilatérales déjà conclues en ce qui concerne le transport international routier de marchandises.

Article 10

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de la signature.
2. Le présent Accord sera valable pour une durée d'un an à compter de son entrée en vigueur. Ensuite, il sera prorogé indéfiniment pour autant que l'une des Parties contractantes ne le dénonce pas par notification écrite avec un préavis de trois mois; dans ce cas, le présent Accord s'éteindra trois mois à compter de la réception de la dénonciation.

FAIT à Bonn le 28 octobre 1992 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

DIECKMANN WILHELM KNITTEL

Pour le Gouvernement
de la République fédérale tchèque et slovaque :

VYBIRAL
